



Ole Spata

Zukunft des Asse-Mülls unklar

Die Zukunft der radioaktiven Abfälle aus dem maroden Atom-mülllager Asse im Landkreis Wolfenbüttel bleibt weiter offen. Die Diskussion um die Standortwahl sei noch nicht abgeschlossen, heißt es in einem gestern veröffentlichten Expertenbericht. Weil Wasser in das ehemalige Bergwerk eindringt, muss das Lager geräumt werden. Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) hatte vom „erschütterndsten Beispiel fehlgeleiteter Industriepolitik für die Umwelt“ gesprochen. » **Niedersachsen** | Seite 8

HEUTE IN DER CZ

Gegen Grippe impfen lassen

Wer sollte sich eine Grippeimpfung holen und wann ist der beste Zeitpunkt dafür? Ein Celler Mediziner klärt auf.

» **Lokales** | Seite 9

Zehn Jahre Jobcenter

Das Celler Jobcenter zieht zum 10. Geburtstag Bilanz. Seit Gründung konnten rund 23.000 Menschen im Landkreis Celle in den Arbeitsmarkt integriert werden.

» **Lokales** | Seite 10

Kampagne gegen Verkehrsunfälle

Mehr als die Hälfte aller im Straßenverkehr Getöteten kommt durch Unfälle auf Landstraßen ums Leben. 2020 starben drei Menschen im Celler Stadtgebiet, acht im Kreis.

» **Lokales** | Seite 15

Hilfe für das Stadtbad

Das Stadtbad Bergen soll trotz Sparkurs gerettet werden. Donnerstag wird ein Förderverein gegründet.

» **Lokales** | Seite 17



KURZ & BÜNDIG

Ende der „epidemischen Lage“?

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat sich für ein Auslaufen der sogenannten „epidemischen Lage nationaler Tragweite“ ausgesprochen. Wie ein Ministeriumssprecher bestätigte, äußerte sich der CDU-Politiker entsprechend bei Corona-Beratungen mit den Gesundheitsministern der Länder. Das Robert Koch-Institut stuft „das Risiko für geimpfte Personen als moderat ein“, somit könne angesichts der aktuellen Impfquote die epidemische Lage am 25. November als bundesweite Ausnahmeregelung auslaufen.

Deutscher Buchpreis für Strubel

Antje Rávik Strubel erhält den Deutschen Buchpreis 2021. Das gab der Börsenverein des Deutschen Buchhandels gestern in Frankfurt bekannt. Ihr Buch „Blaue Frau“ wird damit als bester deutschsprachiger Roman des Jahres ausgezeichnet. Das bei S. Fischer erschienene Buch schildert die Flucht einer jungen Frau vor ihren Erinnerungen an eine Vergewaltigung. Der Preis ist mit 25.000 Euro dotiert.

SEITENKOMPASS

Kalender Seite 12
Fernsehen Seite 26

WETTER SEITE 26

HEUTE 16/14
MORGEN 20/12

IHR KONTAKT

Abo-Service Telefon 0800 1432110
(kostenlose Servicenummer)
Redaktion Telefon (05141) 990110
Anzeigen Telefon (05141) 990150
Im Netz www.cz.de



Preisschock bei Diesel

Bund soll für Entlastung sorgen: Niedersachsen will höhere Pendlerpauschale

VON MARCO SENG
UND THERESA MÜNCH

BERLIN. Seit Monaten steigen die Kosten an den Zapfsäulen der Tankstellen, jetzt werden Preisrekorde geknackt. Diesel ist in Deutschland inzwischen so teuer wie noch nie. Im bundesweiten Tagesschnitt des Sonntags lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter, wie der ADAC gestern mitteilte. Auch für Superbenzin war der Höchststand nicht weit entfernt. Der Automobilclub mahnt deshalb eine Entlastung für Pendler an. Aus Niedersachsen gibt es Forderungen nach einer höheren Pendlerpauschale.

Mobilität dürfe kein Luxus werden, erklärte Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU). Gerade auf dem Land gebe

es zum Pkw mit Verbrennungsmotor bislang kaum Alternativen. „Bei weiterhin rasant steigenden Spritpreisen muss die Bundespolitik handeln und an anderer Stelle für Entlastung sorgen, etwa durch eine höhere Pendlerpauschale“, betonte Althusmann. Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Stephan Weil (SPD): Bereits mit Einführung des CO₂-Preises sei die Pendlerpauschale erhöht worden. „Bleibt der Treibstoff auf einem so hohen Preisniveau, wird es ähnliche Lösungen geben müssen“, sagte er.

Es sei „schwer erträglich“, dass Mobilität für viele nicht mehr bezahlbar sei, sagte die Sprecherin des ADAC Niedersachsen, Christine Rettig. ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand warnte davor, die Bevölkerung zu überfordern. „Ich hoffe – und gehe angesichts

der aktuellen Spritpreissteigerung davon aus –, dass ein noch schneller ansteigender CO₂-Preis vom Tisch ist“, sagte Hillebrand.

„Mobilität ist für viele nicht mehr bezahlbar. Die Pendler werden am meisten belastet.“

Christine Rettig
ADAC Niedersachsen

Das fordert auch das Gütergewerbe. „Man müsste überlegen, ob man die Erhöhung der CO₂-Steuer zum 1. Januar aussetzt“, sagte Christian Richter vom Gesamtverband Verkehrsgewerbe Niedersachsen. Der Dieselpreis sei von September 2020

bis September 2021 um rund 37 Prozent gestiegen, die Gesamtkosten für das Gewerbe stiegen damit um rund 9 Prozent. „Es besteht dringender Handlungsbedarf.“ Richter verwies auf den Preisvorteil für osteuropäische Konkurrenten beim Kraftstoff.

Auch Benzin nähert sich mittlerweile dem Höchststand: Super der Sorte E10 lag am Sonntag bei 1,667 Euro pro Liter. Damit fehlen nur noch 4,2 Cent zum Rekord vom 13. September 2012.

Preistreiber ist vor allem der Ölpreis. Er zieht mit dem Wiedererstarben der Konjunktur nach dem Corona-Schock an und hat sich binnen Jahresfrist in etwa verdoppelt. Seit Jahresbeginn sorgt der Kohlendioxidpreis von 25 Euro pro Tonne für einen zusätzlichen Aufschlag von rund 6 bis 8 Cent je Liter.

Colin Powell an Corona gestorben

WASHINGTON. Der frühere US-Außenminister Colin Powell ist infolge von Komplikationen nach einer Corona-Infektion gestorben. Der pensionierte General und einstige Chef des Generalstabs der US-Streitkräfte wurde 84 Jahre alt. Er sei vollständig gegen das Coronavirus geimpft gewesen, gab seine Familie gestern bekannt. Powell hatte Medienberichten zufolge aber seit längerem gesundheitliche Probleme. Er soll an Blutkrebs gelitten haben.

Der Sohn jamaikanischer Einwanderer wurde als erster Schwarzer Generalstabschef des US-Militärs und später Außenminister. Seine Amtszeit als Top-Diplomat ab 2001 wurde von den Ereignissen nach den Anschlägen vom 11. September überschattet. Die Hardliner hatten damals unter Berufung auf angebliche Geheimdienst-Erkennnisse über Massenvernichtungswaffen des irakischen Diktators Saddam Husseins auf ein



Michael Reynolds (Archiv)

Der Ex-US-Außenminister wurde 84 Jahre alt.

militärisches Vorgehen gedrängt. Im Februar 2003 warb Powell vor dem UN-Sicherheitsrat unter Berufung auf die später als Fälschung erkannten Geheimdienst-Erkennnisse für den Irakkrieg. Im Ruhestand bezeichnete er diese Rede später als großen Fehler.

Polen rügt deutsche Richterwahl

WARSAU. Polen fordert eine Überprüfung des deutschen Systems zur Nominierung von Richtern am Bundesgerichtshof durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Einen entsprechenden Antrag werde er im Kabinett stellen, sagte Justizminister Zbigniew Ziobro gestern in Warschau. Gegen Deutschland solle ein Verfahren angestrengt werden, weil die Politisierung der Richternominierung gegen EU-Verträge verstoße.

Ziobro sagte, wenn der EuGH versichere, dass die Beteiligung von Politikern an der Auswahlprozedur für Richter in Polen die Unabhängigkeit dieser Richter infrage stelle, dann stelle Polen die Frage, welchen Einfluss so eine Beteiligung auf die Unabhängigkeit künftiger Richter am Bundesgerichtshof habe. Polens national-konservative PiS-Regierung baut das Justizwesen seit Jahren um. Kritiker werfen ihr vor, Richter

unter Druck zu setzen.

Im Juli hatte der EuGH geurteilt, die 2018 eingerichtete Disziplinarkammer am Polens Obersten Gericht biete nicht alle Garantien für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit. Ausgewählt werden die Mitglieder der Disziplinarkammer vom Landesjustizrat. Der EuGH kritisierte, der Landesjustizrat sei ein Organ, das „von der polnischen Exekutive und Legislative wesentlich umgebildet wurde“.

Ziobro argumentierte nun, in Deutschland würden Richter für Bundesgerichte vom Richterwahlausschuss gewählt, der nur aus Politikern bestehe. Dem Gremium gehören die 16 Justizminister der Länder sowie 16 weitere Mitglieder an, die vom Bundestag bestimmt werden. Damit sei der Ausschuss stärker politisiert als Polens Landesjustizrat, sagte Ziobro. Diesem gehören 17 Richter, sechs Parlamentarier sowie zwei von der Regierung entsandte Mitglieder an.